

**Diese Woche**

Der noch grössere Bruder

Urs Paul Engeler

**Der Angriff auf die Bürgerrechte aus dem Innern des Landes ist vorerst abgewehrt. Der nächste kommt unaufhaltsam: aus dem europäischen Polizeistaat.**

Seit 1990, seit dem grossen Fichenknall, arbeiten die Staatsschutzequipen des Bundes und der Kantone in einer Art reduzierten Normalbetrieb; sie schnüffeln und sammeln weiter, nur nicht so intensiv. Die Affäre um den illegal und dilettantisch spionierenden Nachrichtendienst ist nie wirklich bewältigt worden, weder personell noch konzeptionell. Politisch entschieden ist mit dem Nein zur linken SOS-Initiative für eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei einzig die Existenz einer präventiv agierenden Truppe. Nie eindeutig definiert wurde hingegen das Verhältnis zwischen den Individual- und Bürgerrechten und den sicherheitspolitisch indizierten Kontrollen und Eingriffen. So liefert jedes «Ereignis» den alten Ficheuren den willkommenen Anlass, den Katalog ihrer Wünsche nach neuen Kompetenzen aufzulegen. Bei der jetzigen Offensive sind es die Terroranschläge in Europa.

Nach dem Machtwort von Justiz- und Polizeiminister Christoph Blocher (SVP) ist die Maximalvariante fürs Erste vom Tisch, doch die Richtung bleibt diffus. Es herrscht im hochsensiblen Bereich eine Unsicherheit. Die bürgerlichen Parteien schweigen; die Roten und die Grünen jaulen und fordern Köpfe.

So entschieden das tönt: Die Empörung der Linken über die Pläne der Bundespolizisten ist laut und nicht reflektiert, billig und keineswegs hilfreich. Die exaltierten Kritiker richten ihre Blicke stur in die Vergangenheit und wollen nicht wissen, was kommt. Zum ändern betreiben sie naivste helvetische Nabelschau. Offenbar aus politischer Opportunität nehmen sie nicht zur Kenntnis, dass fast alle europäischen Staaten ihre Polizeikompetenzen beträchtlich ausgeweitet haben. Und sie weigern sich hartnäckig, die neuen Formen der Überwachung, die nach dem Ja zu Schengen/Dublin auf die Schweizer Bürger zukommen werden, zum Thema zu machen.

**«Panoptische Überwachungsmaschine»**

Tatsächlich sind in der Schweiz nicht allein Bundespolizisten und ihre Trabanten in verdeckten Missionen unterwegs. Der Begleitbericht der Staatsschützer zu ihren Ausbauplänen erwähnt, dass «gewisse Länder mit zahlreichen Nachrichtenoffizieren unter diplomatischer Tarnung in der Schweiz vertreten» seien. Er meldet zudem, dass «Partnerdienste zur Informationsbeschaffung auf Schweizer Gebiet schreiten und operativ aktiv werden». Das habe sich «in etlichen Fällen bereits bestätigt». Die Gemeinde der Beschatter ist längst international.

Das ist die hoheitsrechtlich zwar bedenkliche, aber in den Auswirkungen noch die harmlosere internationale Dimension der Überwachung. Gravierender sind die Konsequenzen, die sich aus dem Beitritt zum Schengen-Übereinkommen und damit auch zum Schengener Informationssystem (SIS) für die Schweizer Bürger automatisch ergeben werden. Zurzeit hat der SIS-Zentralrechner, der in Strassburg steht, gut 10 Millionen Datensätze gespeichert. Die grosse Mehrheit betrifft gestohlene oder unterschlagene Identitätspapiere. Erfasst sind zudem 1 Million ausgeschriebene Personen.

Aus Kapazitätsgründen und aus sicherheitspolitischen Motiven arbeitet die EU-Kommission mit Hochdruck an der Erweiterung des Systems. Die Stufe SIS II hat eine geänderte Zielsetzung, die exakt auch den Begehren der hiesigen Nachrichtenleute entspricht: «Die Prävention und Aufdeckung von Bedrohungen der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit.» SIS II wird im Zuge der Einführung neuer Ausweise bald biometrische Daten (digitalisiertes Gesichtsbild, genetischer

Fingerabdruck und Fotos) speichern. Weiter sollen Datensätze unter neuen, sehr offenen Titeln angelegt – und verlinkt – werden: etwa «Terrorismusverdächtige» oder «gewalttätige Unruhestifter» (gemeint sind Hooligans oder international aktive Demonstranten). Das massiv erweiterte System – das ist die vierte Dimension des Projekts – wird nicht nur den Polizeistellen und Justizbehörden zur Verfügung stehen, sondern neu auch einem «breiteren Behördenkreis, wie z.B. Sicherheits- und Nachrichtendiensten» sowie den Asyl- und Einwanderungsbehörden der Mitgliedsländer. Nach den Terrorakten von Madrid und London hat das Vorhaben noch mehr politischen Rückenwind.

Die Bürgerrechtler von Statewatch, der britischen NGO, die als Einzige kritisch die Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten in der EU verfolgten, bezeichnen SIS II in einer Analyse als gesamteuropäisches «Fahndungs- und Geheimdienstwerkzeug» und als «eines der repressivsten politischen Instrumente der Neuzeit».

Ab 2008 werden über das Büro «Sirene» im Bundesamt für Polizei auch die Schweizer Polizei- und Asylbehörden sowie die Nachrichtendienste mit dieser «panoptischen Überwachungsmaschine» (Statewatch) vernetzt sein, wie das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) – ohne jede Reaktion und ohne jeden Protest – bereits publiziert hat. Im gesamteuropäischen Schengen-Kontext betrachtet, ist die Schnüffelei des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) demnächst nur eine Schwester der Schleierfahndung.

Der hausgemachte Polizeistaat ist einstweilen abgewehrt; der Zugriff der europäischen Überwacher auf sensible Personendaten wird in drei Jahren Realität. Ohne Protest- und Referendumsmöglichkeit.

Mehr von **Urs Paul Engeler** auf [www.weltwoche.ch/weblogs](http://www.weltwoche.ch/weblogs)

(c) 2005 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: [webmaster@weltwoche.ch](mailto:webmaster@weltwoche.ch)